

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher  
Zustellung 2,50 M., durch die Post  
2,75 M., auswärts Zustellungsgeld.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Bezugspreis-Verzeichnis  
unter „Salle-Zeitung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Druckschriften  
ist kein besonderer Vorname.  
Bestand nur mit Quittungsbekundung:  
„Salle-Zeitung“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 149;  
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Märk-  
straße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

# Salle-Zeitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren  
Kann mit 50 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Märkstraße 63, 1 sowie von  
unseren Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Pfg.

Ercheint wöchentlich zwölfmal;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Marktstraße 17;  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Märk-  
straße 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

## Blickblicke auf die Kultusberatungen.

Herr Dr. Holle ist nun dreiviertel Jahr im neuen Amt.  
Das ist für einen, der aus einem so ganz anderen Milieu  
kommt, gar nicht viel. Aber man kann, nachdem der Herr  
Minister durch zehn Sitzungen seinen Etat verteidigt und  
zu den wesentlichsten Problemen seines Ressorts seine Stellung  
präzisiert hat, zum mindesten doch wohl feststellen, was  
die ist. Und danach kann man wohl sagen, daß zwar in den  
ersten beiden Tagen, da der Herr Minister von dem „not-  
wendigen geschichtlichen Zusammenhang zwischen Kirche und  
Schule“ sprach, der nicht zerfallen werden dürfte und sich mehr  
als erforderlich um den Befehl zum Zentrum und Konser-  
vativen zu bemühen schien, Herr Dr. Holles Erklärungen  
nicht recht zu befriedigen vermochten; daß sich aber im Lauf  
der Debatte doch zeigte, daß das neue Regiment in der  
Schulanschauung zum mindesten einen Fortschritt gegen  
früher bedeutet. Der Herr Minister hat erklärt, daß die Ein-  
führung der sachmännlichen Schulaufsicht jedenfalls in der  
Kreisschulinspektion unausschießbar sei, und er hat hinzugefügt, daß  
er selbst ein schnelleres Tempo in der Durchführung wünsche.  
Er hat dann auch berichtet, daß die zehn Stellen, die er vor-  
geschlagen, nur der Rest der doppelten Zahl seien, die er  
ursprünglich gefordert hätte, und daß lediglich aus finan-  
ziellen Gründen diese Verminderung eingetreten sei. Aller-  
dings war es nicht sehr glücklich, daß der Minister die Frage  
der hauptamtlichen Kreisinspektion so eng mit der  
anderen der Dezentralisation der Schulverwaltung ver-  
knüpfte: dies Problem bietet in sich so viele Schwierigkeiten,  
daß es sehr gewagt ist, beide auf Gedeih und Verderb zu  
verbinden. Herr Dr. Holle hofft freilich schon im nächsten  
Jahr die Vorlage bringen zu können. Ob das geschieht und  
wie die Vorlage dann aussehend, wird man abzuwarten  
haben. Unter Umständen müßte die Frage der Kreisinspektion  
dann aus diesem Zusammenhang herausgelöst werden.

Bei der Ortschulinspektion hat der Herr Kultusminister  
eine Trennung der technischen Schulaufsicht von der so ge-  
nannten „Schulpflege“ in Aussicht gestellt: genau begrenzte  
Dienstinstruktionen sollten die Geistlichen in der Beziehung  
über ihre Befugnisse unterrichten und die Reibungsflächen  
zwischen Pfarrer und Lehrer beseitigen. Das klingt wie ein  
leises Entgegenkommen. Aber man wird doch zugeben müssen,  
daß dieses Programm an einiger Unklarheit leidet. Schon  
deshalb, weil die Schulpflege ja auch den Schulordnungen  
obliegt. Wertvoll an der Erklärung war lediglich, daß  
wenigstens die technische Schulaufsicht dem Lokalinspek-  
tor, der meistens ein Geistlicher ist, abgenommen werden  
soll. Und dann das (an sich freilich selbstverständliche) Zu-  
sicherndes, daß Geistliche hinfort nicht mehr gewonnen  
werden sollen, gegen ihren Willen die Lokalinspektion  
zu übernehmen. Der Herr Minister hat ferner in Aussicht  
gestellt, daß bei den von Retoren geleiteten Schullässen  
die besondere Lokalinspektion verschwinden soll. Wo  
je noch bestünde, seien's alte Reste, mit denen allmählich  
aufgeräumt werden solle. In Bezug auf die Hauptlehrer  
hat der Herr Minister die gleiche Erklärung freilich nicht  
abgegeben, sondern sich damit begnügt, eine Prüfung zu  
zulassen. Dafür hat er versprochen, schon jetzt — also vor  
Einführung der hauptamtlichen Kreisinspektion — Er-  
wägungen darüber anzustellen, ob eine Neuordnung der  
Ortschulinspektion erfolgen könne.

Weniger betrieblig waren die Antworten des Mi-  
nisters auf die Bedenken, die gegen die Ausführungsverord-  
nung zum Schulunterhaltungs-gesetz in Sachen des Vorleses  
im Schulordnungs-erhöhen wurden. Daß hier meistens der  
Geistliche den Vorstoß führen soll, findet weder im Wortlaut  
des Gesetzes, noch in seiner Entstehungsgeschichte einen aus-  
reichenden Anhalt, und so wird man die seine Auslegung wohl  
auf andere Einflüsse im Ministerium zurückzuführen haben.  
Rechtlich hat die parlamentarische Erörterung der Fragen  
wenigstens den Erfolg, daß die Ausführung dieser Aus-  
führungsverordnung nicht ganz in dem Geiste erfolgt, in dem  
sie erlassen ist; daß sie mehr den Bedürfnissen der Schule und  
des Lebens und nicht einseitig der „geschichtlichen Ent-  
wicklung“ Rechnung trägt.

In der Form nicht unfreundlich, aber in der Sache  
wenig entzündbar war die Stellung des Ministers zu den  
von national-liberalen Anträgen über die Unterweisung  
von Mängeln des Volksschulunterrichts und die Förderung  
besonders begabter Volksschüler auf Staatskosten. Der Be-  
rechtigung, die beiden Grundgedanken innewohnt, konnte  
Herr Dr. Holle natürlich sich nicht verschließen; aber er be-  
zweifelte sich im Endergebnis darauf, diesen Grundgedanken  
seine Sympathie auszusprechen, ohne doch zugleich eine kräftige  
und zielbewußte Finanzmaßnahme ihrer Durchführung  
in Aussicht zu stellen. Hier wird es Aufgabe der Kom-  
mission sein, der bloß theoretischen Anerkennung auch praktische  
Folgen zu geben.

Bei der Erörterung der Universitäten hat Herr  
Dr. Holle noch zur rechten Zeit seine Meinung über die  
Aufgaben der Theologieprofessoren dargestellt. Wer gleich  
aus der Ansicht lebt, daß der Liberalismus nach seiner  
Grundidee Toleranz gegen jedermann zu üben hat, wird  
dem Herrn Minister darin Recht geben können, daß die Pro-

fessoren der Theologie nicht allein die Aufgabe haben, ihre  
Fachwissenschaft zu vertreten, sondern daß sie zugleich die  
Erzieher des theologischen Nachwuchses sein müssen. In  
der Rede des Abg. Hadenberg ist dieser Gesichtspunkt auch  
voll gewürdigt worden. Man wird auch wenig gegen die  
Erklärung des Ministers einwenden können, daß im Sinne  
einer *justitia distributiva* alle Richtungen zur Geltung  
kommen müßten. Aber es ist sicher unrichtig, aus den Be-  
zürungen der letzten Zeit, die von orthodoxer Seite bean-  
standet wurden, schließen zu wollen, daß der Herr Minister  
etwa die kritische Richtung bevorzuge. Gerade diese Berufs-  
richtungen beruhen auf Kompromisse, die innerhalb der  
Faktualitäten zwischen den Anhängern beider Richtungen ge-  
schlossen worden sind.

Auf dem Gebiete des höheren Unterrichtswesens stellte  
Herr Dr. Holle sich nicht unfreundlich gegenüber der nation-  
al-liberalen Meinung, in kleinen Orten, wo für das weis-  
senschaftliche Geschehen für die Vorbereitung zum Stu-  
dium nicht vorhanden sind, den Besuch der Anbaugeanstalten  
auch den Mädchen zugänglich zu machen. Damit scheint uns  
immerhin dem Prinzip der Reduktion in unserem höheren  
Unterrichtswesen ein befriedigendes Pläschen eingeräumt zu  
sein.

Gegenüber dem nicht unfreundlichen Gesamtergebnis  
bleibt doch auf einen dunklen Punkt in den Erklärungen des  
Ministers hinzuweisen. Die Art, wie der Herr Minister in  
dem Kleinert Fall offensichtlich aus Rücksicht auf konser-  
vative und liberale Zustimmungen die Anschauung verlor, man  
könne hervorragende Werke moderner Dichter und Forscher,  
die sich nicht im Rahmen der überlieferten religiösen An-  
schauungen einfügen, den unteren Volksschichten vorenthal-  
ten, war hoch bedauerlich. Sie legt einen üblen Rückschlag  
auf die Fähigkeit der Regierungstreppe über die im Kolle  
lebenden Strömungen und Strebungen sich zu unterrichten  
nahe. Wir können nur hoffen, daß das mehr eine Episode  
war als ein Symptom. #

## Deutsches Reich.

### Das deutsche Kronprinzenpaar in England?

Nach einer Londoner Meldung wird das Kronprinzen-  
paar im Sommer drei bis vier Wochen Aufenthalt in Eng-  
land nehmen.

### Die Beamtengehälter.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses er-  
klärte gestern bei der Beratung der Dienststellenverbesse-  
rungen von Beamten usw. in Höhe von 77 Millionen  
der Finanzminister, die von ihm fertigestellte Besoldungs-  
vorlage liege jetzt dem Staatsministerium vor, das in Bälde  
seine Entscheidung treffen werde, aber dabei gewisse Rück-  
sichten auf das Reich nehmen werde. Jedenfalls würde in  
dieser Tagung oder später die Gehaltsregelung stattfinden.  
Die Wohltaten des Gesetzes würden den Beamten vom  
1. April 1908 rückwirkend zugute kommen.

### Endgültige Annahme der Enteignungsvorlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm gestern die Osta-  
markenvorlage unanheim in der Haltung des Herrenhauses  
mit der alten Majorität (Konservative, Freikonservative  
und National-liberale) an.

### Zweite heftige Kammer.

In der Zweiten heftigen Kammer in Darmstadt er-  
klärte bei der Staatsberatung Staatsminister Cuno, daß  
die Regierung mit der Erfüllung der weiteren Wünsche der  
Besonnen bis zur Durchführung der Reichsfinanzreform war-  
ten müsse. In Verantwortung einer Anfrage, betreffend  
Wiedereröffnung der Wahlrechtsvorlage versprach der  
Minister, eine Vorlage im nächsten Landtage einbringen,  
sofern über deren Grundzüge zwischen beiden Kammern eine  
annehmbare Verständigung erzielt werde. In der Frage  
der Schiffahrtsabgaben stehe die Regierung auf demselben  
Standpunkt wie bei ihrer vor Jahresfrist abgegebenen Er-  
klärung. Bezüglich der Mailankonkordie habe die Regierung  
sich keinesfalls für Schiffahrtsabgaben festgelegt. Der Ver-  
trag bestimme, daß der Kanal nicht früher gebaut wird, als  
bis die Schiffahrtsfrage gelöst sei.

### Die ostafrikanische Zentralbahn.

Eine Erklärung von großer Bedeutung hat die Kolonialver-  
waltung in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichs-  
tags abgegeben. Danach hat sie sich vor der Alternative befunden,  
im Interesse der Erhaltung unserer größten Kolonie entweder die  
Schuldrücken erheblich zu verkleinern oder durch Bau von Eisen-  
bahnen eine größere Beweglichkeit der vorhandenen Kräfte her-  
beizuführen. Das Kolonialamt hat sich für den zweiten Weg  
entschieden und für diese Wahl folgende Begründung zu Protokoll  
gegeben:

„Der Staatssekretär hat sich während seines Aufenthaltes in  
Ostafrika auch persönlich mit der Frage der Befestigung des  
Landes beschäftigt. Er ist dabei zu der Überzeugung gelangt,  
daß gegenüber der gewaltigen Größe der deutsch-ostafrikanischen  
Kolonie, ihrer Unwegbarkeit und der deshalb verfügbaren Trans-  
portmittel diese Befestigung nicht hinreichend würde, um im Falle  
eines ausgedehnten Aufstandes, sei es der großen,  
das Zentrum bewohnenden Völker, sei es auf Grund der Vereinig-  
ung mehrerer anderer Stämme, die Kolonie für den Feindstand zu  
erhalten. Die Verwaltung hätte demnach eine Verstärkung der

ostafrikanischen Befestigung in Vorschlag bringen müssen. Gemäß  
dem auf wirtschaftliche Gesichtspunkte basierten und auf eine  
Verbindung der Reibungsflächen zwischen der  
Bevölkerung und der deutschen Regierung gerichteten Programm  
ist hieron abgesehen worden, weil eine Truppenermehrung einer-  
seits eine wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Ausgabe darstellt,  
andereiseits direkt geeignet ist, die Reibungsflächen zu ver-  
größern. Koloniale Aufstände sind unter anderen Gesichtspunkten  
zu betrachten als Kriege feindlicher Nationen. Geht bei den  
letzteren die Aufgabe dahin, den Feind möglichst rasch und  
materiell zu vernichten, so muß bei kolonialen Aufständen die  
Tendenz dahin gehen, unter möglicher Schonung des  
Gegners und seiner Substanzmittel ihm den Willen der  
kolonisierenden Macht aufzuzwingen. Jede Vernichtung von  
Menschen und Eigentum in kolonialen Schwierigkeiten schädigt  
zunächst und direkt die kolonisierende Macht. Es kommt daher  
bei solchen Aufständen darauf an, jede Unbotmäßigkeit mit der  
größten Schnelligkeit und der größten Konzen-  
tration von Kraft niederzuschlagen, den kritischen  
Umfang der Feindseligkeiten zu beschränken und die Gelegenheit  
zur Vereinigung mehrerer Stämme zu verhüten. Dazu ist eine  
erhebliche Beweglichkeit der Truppe und die Möglichkeit, größere  
Truppenmengen leicht schnell an einem Ort zu vereinigen, erforder-  
lich. Der Staatssekretär wies auch auf die außerordentlichen  
Schwierigkeiten in der Verpflegung hin. Diese Sachlage ist bei  
dem Feldzug im Süden des Schutzgebietes im Jahre 1905/06 mit  
Deutlichkeitutage getreten. Die Truppe war dort angewiesen  
auf eine Verproviantierung aus dem Lande. Sie ist dadurch ge-  
nötigt gewesen, die sämtlichen in dem Lande vorfindbaren  
Nahrungsmittel an sich zu ziehen und zu verbrauchen, gegenwärtig  
weise zur Schwächung des Gegners zu zerhacken. Der Aufwand  
für nicht bedeutende Feldzüge hat, wie die Denkschrift ausweist,  
zu einer Zerstörung des Lebens und Eigentums von  
etwa 7000 Menschen geführt. Auch nach der glücklichen  
Ueberwindung eines Aufstandes sind die Folgen mancher der  
Wichtigkeit, die betreffenden Gebiete mit Nahrungsmitteln und  
besonders Saatgut zu versorgen, außerordentlich be-  
trübend gewesen.

Aus diesen Erwägungen heraus hat die Kolonialverwaltung  
unmittelbar nach der Rückkehr des Staatssekretärs das Studium  
der Fortsetzung der Zentralbahn nach dem Zentrum  
des Schutzgebietes aufgenommen und eine entsprechende Vorlage  
den Verbündeten Regierungen unterbreitet. Durch die vorliehen-  
den Erwägungen rückt die Frage des Baues dieser Zentralbahn  
aus der Reihe der rein wirtschaftlich nützlichen An-  
lagen, für die man den Zeitpunkt wählen kann, in die Reihe der  
politisch notwendigen, die im Interesse nicht der Entwik-  
klung, sondern der Erhaltung des deutschen Reiches einen  
Aufschub nicht verträgt.“

### Die Wärfenkommission des Reichstages

nahm gestern den § 53 in der Fassung der Regierungsvor-  
lage an. Er bestimmt, daß ein Wärfenministerium, das nicht  
gegen ein durch dieses Gesetz oder den Bundesrat er-  
lassenes Verbot verstößt, nur nach Maßgabe der §§ 54 bis  
57 wirksam ist.

### Eine „Reichshandelsstelle“?

Für die Errichtung einer Reichsaustunftsstelle als  
eines zentralen Organs zur Information der deutschen Kauf-  
mannschaft über alles für ihre Zwecke Wissenswerte wird im  
Prinzip von jeder eingetreten. Die hohen Vertikalen der deut-  
schen Eins und Ausfuhr, die nur noch von wenigen des eng-  
lischen Handels übertraffen werden können, nicht darüber hinaus-  
zuführen, daß der deutsche Außenhandel auf einem beträchtlichen  
Teile der Erdkugel nicht die ihm gebührende Stellung einnimmt.  
Die Institution der Handelsverhandlungen ist auf die Haupt-  
handelsländer beschränkt, die Verkaufsstellen haben Handelsstragen  
vielfach nur mit geringem Verständnis gegenüber, die Wähl-  
konkult, die das Konkulat nur in Nebenamte ausüben, sind  
schon dadurch in der Verwertung ihrer Kenntnisse und Erfahrun-  
gen zur amtlichen Förderung des deutschen Handels beschränkt.  
Besonders für die kulturell noch rückständigen Gebiete, die in erster  
Reihe für eine Ausbreitung des Wirkungsbereiches deutscher Kauf-  
leute in Frage kommen, aber nicht nur für sie stellt die zentrale  
Austunftsstelle.

Die Regierung stellt zwar dem Plan an sich wohlwollend  
gegenüber, scheint aber wenig Neigung zu haben, die Angelegen-  
heit selbst in die Hand zu nehmen, wie aus einem Schreiben zu  
entnehmen ist, das dem Deutschen Handelsrat im vorigen  
Sommer auf eine Eingabe vom 5. Juni 1901 in dieser Sache aus  
dem Reichsamt des Innern zuging. In ihm empfahl es zunächst  
die Herbeiführung einer Verständigung mit dem Zentralverband  
deutscher Industrieller, der Zentralrat für die Verberedung  
von Handelsverträgen und dem Bund der Industriellen bis  
lang vorüber eine gemeinsame Eingabe wegen der Reichshandels-  
stelle an die Reichsregierungen gerichtet hatten. Zu einer solchen ist  
es aber nicht gekommen, vielmehr hat sich der Bund der In-  
dustriellen ins Einvernehmen gesetzt und ist jetzt mit dem Pro-  
jekt einer „Reichshandelsstelle“ an die Öffentlichkeit getreten,  
mit deren Verwirklichung der Bund der Industriellen beauftragt  
worden ist und zu deren Kosten die Regierung einen Betrag  
von 25 000 März jährlich beisteuern soll.

An sich könnten wir uns sehr wohl auch mit einer „Reichs-  
handelsstelle“ befassen, die von Industrie und Kaufmannschaft  
aus eigener Initiative ins Leben gerufen würde und an der sich  
das Reich nur durch Leistung eines Kostenaufschusses beteilige.  
Ein solches Institut würde von der Bureaukratie verschont  
bleiben, ohne die ein von Reichsbeamten geleitetes Unternehmen  
nicht denkbar ist. Voraussetzung eines entsprechenden Wirkens  
dieser privaten „Reichshandelsstelle“, wäre aber unter allen Um-  
ständen, daß als Organisationen der an ihrer Errichtung inter-  
essierten Erwerbszweige zur Mitwirkung herangezogen würden.  
Nur dann hat jeder Kaufmann und jeder Industrielle ein Recht  
auf Benutzung der gemeinsam geschaffenen Einrichtungen, nur

dann ist er nicht auf die Gefälligkeit der Auskunftsstelle angewiesen, wie es der Fall ist, wenn sie lediglich von einer, eine bestimmte einseitige wirtschaftspolitische Anschauung vertretenden Gruppe ins Leben gerufen wird. Daß die Bundesstelle, wie sie verfaßt, auch beim Auskunft gibt, der sich nicht zu den Ansichten ihrer Gründer bekennen, wollen wir gar nicht einmal bezweifeln, aber daß sie ebenso gern für jeden fremden Fragesteller Lehrsätze und zerrissene Ermittlungen, wie sie namentlich in der ersten Zeit häufig erforderlich sein werden, anstellen wollen wird für die ihnen nabehelenden Bundes- und Zentralverbandmitglieder, vermögen wir nicht zu glauben.

Gegen das Insistentwerden einer von den genannten Verbänden gegründeten Auskunftsstelle kann auch ein Gegner ihrer wirtschaftspolitischen Ansichten nicht einwenden. Die Regierung darf aber nicht durch Gewährung von Zulässigkeiten ein offizielles Gespräch geben. Mit demselben Recht können und werden dann auch andere Organisationen wegen Gewährung materieller Beihilfen für ihre Veranlassungen zur Förderung des deutschen Außenhandels durch Auskunftsstellen an sie herantreten, und sie wird dem einen nicht verlangen können, was sie dem anderen gewährt hat. Und wenn irgendwo, ist gerade in dieser Sache eine Zerstückelung der Rechte und eine Verletzung der Gemeinnützigkeit und daher vom Uebel.

**Die obdenburgische Beschwerde.**

In der gestrigen Nummer der „Norddeutschen Morgenzeitung“ nimmt der Syndikus der Handelskammer für das Großherzogtum Oldenburg, Professor Dr. Durhoff, zu den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der im Reichstage abgegebenen Erklärung des obdenburgischen Gesandten Stellung. Er führt unter anderem aus:

„Die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, auf die sich anknüpfend auch unser Gesandter Dr. Euden-Odenhausen in seinen Ausführungen im Reichstag bezog, demeritert Dinge, die niemand, am wenigsten der Herr Regierungsreferent (Dr. Trüper) behauptet hat, während von den Dingen, auf die es ankommt, gar nicht die Rede ist. Durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist das Mißverständnis also nicht beseitigt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt fest, daß der Entwurf betreffend Errichtung von Arbeitsämtern aller Bundesregierungen gleichzeitig vorgegangen ist und tut so, als wenn damit die ganze Sache erledigt wäre. In Wirklichkeit hat aber niemand in unserer Kammer die gleichzeitige Vernehmung des fertigen Entwurfs in Zweifel gezogen. Davon ist überhaupt nicht die Rede gewesen, denn daß der einmal fertiggestellte Entwurf, also die „Bundesratsdrucksache“, als solcher allen Reichstagen gleichzeitig zugestellt worden ist, ist wohl ganz selbstverständlich. Was wir bemängeln, war, daß das Reichamt des Innern bei der Vorbereitung von Bundesratsvorlagen sich zunächst nur mit Preußen und vielleicht noch mit einigen anderen größten Bundesstaaten ins Einvernehmen setzt, nach dem so eine Vereinbarung zustande gekommen ist, den Entwurf zum Abschluß bringt und ihn dann erst, allerdings gleichzeitig, als Bundesratsvorlage allen Bundesstaaten zuküßt.“

Es ist klar, daß auf diese Weise die kleineren Bundesstaaten um jeden Einfluß gebracht werden. Aber auch die Bundesstaaten, die in den kleineren Bundesstaaten werden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, denn ihr Gutachten verliert bei einem solchen Verfahren natürlich jede Bedeutung.“

„Weiter heißt es: „Aus der Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ geht hervor, daß das Reichamt sich vorher nur“ mit der preussischen Regierung ins Benehmen gesetzt habe. Das ist es, was wir bemängelt hatten, und ich glaube, jeder wird uns darin zustimmen, daß eine solche bevorrechtigte Stellung Preußens in unserer Reichsverfassung keine Stütze findet. Weiter bemerkt Professor Durhoff, es sei keinem Menschen einfallen, sich über die Veröffentlichung des Arbeitsamtergesetzentwurfs zu beschweren. Die Beschwerde betrifft nicht den Arbeitsamtergesetzentwurf, der ja veröffentlicht ist, sondern den Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, der nicht veröffentlicht worden war. Von ihm haben wir in unserer Kammer erst Kenntnis erhalten, nachdem er dem Reichstage zugegangen war. Gegen diese neuerdings geübte Geheimhaltung wichtiger, das Erwerbsleben berührender Bundesratsvorlagen haben wir protestiert. Dieser Protest scheint auch nicht ganz mißverständlich verfaßt zu sein, wie aus der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgeht. Wenn nur nach diesem jetzt zum erstenmal aufgestellten Grundsatze in Zukunft verfahren wird, würden alle deutschen Handelskammern der Oldenburgischen Handelskammer für ihr Vorgehen dank wissen.“

**Faule Verdammung aufgehoben.**

Die allgemeine Empörung über den Vorfall im Bamberger Lehrerseminar hat doch gewirkt. Die Kreisregierung hat die Strafe der Demissionsandrohung für Lehrkräfte des „Faul“ vor der Kommunikation auf Bewährung des hiesigen Schülers in eine „Wage“ umgewandelt. Aber auch das Ersatzliche Ordinarium hat den Vorfall dem Rektor desanont und sein Vorgehen getadelt. Der Ordinarium bezeichnet ebenso wie die Regierungsverfassung des Schülers als nicht unpfeiflich, das Vorgehen des Schülers als unvollständig, aber nicht strafbar gewesen. — Und die ultramontanen Blätter hatten den armen Präfecten doch schon so rein gewaschen, daß kein Flecken mehr an ihm war. Ausgeschlossen aus dem Lehr- und Erziehungsbetrieb des Bamberger Seminars hat man den „Fädagog“ Jehnder überlassen nicht; jowelt, ihn für die Gleichsetzung eines unfauligen Schülers mit einem Menschen- und Gottesmörder zur Verantwortung zu ziehen, hat der Mut der Regierung nicht ausgehalten.

**Allgemeine Mitteilungen.**

- Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beantragte die Wahl des Abgeordneten Böning (deutschkonservativ, Landsberg-Goblin).
- Der Landgerichtspräsident Barre in Bielefeld tritt zum April zurück. Als sein Nachfolger gilt Landgerichtspräsident Metzger (Vorpau).
- Der Reichsanwalt hat sich zur Beantwortung der Interpellation betr. Schiffsfahrtsabgaben bereit erklärt.

**Seeer und Flotte.**

— Kaiserliche Marine. „Arcona“ ist am 1. März von Tingtau nach der Schtüdenbucht unter Schantung-Vorherrscher in See gegangen, um den dort angekommenen englischen Dampfer Chingping abzuliefern. „Ling“ geht am 4. März von Schanghai nach Schanghai (Yantai) ab. „Lpdt.“ 6. März geht am 4. März nach Schanghai in See.

**Deutscher Reichstag.**

114. Sitzung vom Dienstag, 3. März.

**Zur zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern**

liegen dem Hause 25 Resolutionen vor.  
 Abg. Giesberts (Str.): Die diesjährige Debatte unterzeichnet sich von ihren Vorgängerinnen dadurch, daß sie vielfache sozialpolitische Früchte zur Welt gebracht vorfindet. Dies ist noch der unermüdlichen Tätigkeit des Grafen Poladomsky zu danken, in dessen Spuren hoffentlich auch sein Nachfolger wandeln wird. Der Appell des Abg. Dr. Naumann, in Fragen, die das Los der wirtschaftlich Schwachen betreffen, das rein menschliche Empfinden waken zu lassen und von Biot und Antibiot abzuheilen, sollte überall da, wo es gilt, Not und Elend zu lindern und ungerechte Zustände zu beseitigen, wieder und die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Fabriks- und Hüttenwerken nach nicht in ihrem Ergebnis bekannt gemacht. Die Unfälle in dieser wichtigen Industrie vermehren sich in erschreckender Weise. Jedem vierten Mann löst jährlich ein Mißgeschick zu.  
 Abg. Pauli-Votschmann (kon.): Wir bringen dem neuen Staatssekretär alle Vertrauen entgegen. Hoffentlich bringt er das sozialpolitische Schiffein, das von Jahr zu Jahr an Lohnengehalt zunimmt, richtig in den Hafen. (Abg. Stachthagen ruft: Links müßt Ihr feuern!) Wie steht es mit dem Entwurf der Arbeitsämter? Sind gesetzliche Maßnahmen vorgezogen? Dem Recht auf Streik muß das Recht auf Weiterarbeit gegenübergestellt. Die Arbeitsgeber sind ein fester Wall gegen übertriebene Forderungen geworden. Wie denkt der Staatssekretär über eine Vertastung der Krankenkassen? An eine Arbeitslosenversicherung ist nicht zu denken; wer soll die Kosten tragen? Gewiß wieder der Mittelstand, der dadurch völlig ruiniert werde. Der Redner lehnt die Forderung der Bautkontrollen ab und bespricht eine Reihe weiterer Resolutionen. Eine durchführbare Sozialpolitik werden wir unterstützen. Unmögliches werden wir dem deutschen Volke nicht zuzumuten.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.): Alle bürgerlichen Parteien sind einzig in der Würdigung der hohen Verdienste des Grafen Poladomsky. Wir würden es begrüßen, wenn seine reiche Arbeitskraft dem Hause erhalten bliebe könnte. Der Redner bezieht sich auf die vom Reichstag beauftragte Kommission, die die Zentral-Auskunftsstelle, erkennt an, daß die Klagen über amerikanische Schutten bei der Zollabfertigung aufgehört haben, sieht Beschwerde über das Verhalten der russischen Regierung gegenüber einer Mauerer Zulassungsfirma, der sie die Anwendung eines bestimmten Zollgesetzes zugesichert und das hernach, als die Firma sich darauf eingerichtet hatte, zurückkam. Das macht alle Grundlagen des internationalen Warenaustausches zunichte. Er empfiehlt für die Verhandlungen mit Kanada die Berücksichtigung der Mauerer Epigen- und Sidereindustrie und wendet sich dann der Frage der Kartelle und Syndikate zu. Der preussische Handelsminister hat bei der Kohleninterpellation gesagt, man solle mit dem Urteil über das Kohlen Syndikat warten, bis die Konjunktur zurückgeht; nun, die Konjunktur ist zurückgegangen und die Preise sind tiefen gefallen — unser Urteil über das Syndikat stellt fest. Von einer Amnionität gegen die rheinisch-westfälische Industrie weiß ich die nationalliberale Reichstagsfraktion vollkommen frei, aber jene ist nicht gleichbedeutend mit dem Kohlen- und Eisenpakt. Selbst die Duffel-dorfer Handelskammer hat eine Resolution gegen das Kohlen Syndikat gefaßt. Was angeht die Erleichterung des Kampfes auf dem Weltmarkt ist eine Dementierung der Industrie notwendig und darf man nicht die Erlöschen der kleinen und mittleren Unternehmungen vernachlässigen. Nicht der Generaldirektor, sondern der Leiter des eigenen Betriebes hat uns den Weltmarkt eröffnet. In diesem Zusammenhang kommt der Redner auf die Seimarbeit zurück; man solle nicht mit täppischer Hand eingreifen. In seinen weiteren Ausführungen befaßt sich der Redner mit dem bekannten Angriff des Generalreferärs Bued auf der letzten Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegen die Nationalliberalen. Wenn Herr Bued uns da geradezu vorgeworfen hat, durch Untergrabung der Autorität des Arbeitsgebers die Geschäfte der Sozialdemokratie und des Anarchismus zu betreiben, so rücht ich das von selbst.

Abg. Schmidt-Berlin (So.) spricht über die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Bezugnahme auf die Arbeitslosenstatistik der freien Gewerkschaften. Die Arbeitgeber werfen die Arbeiter bei der jetzigen Leuerung auf die Straße und Herr v. Dirlsen erklärt dabei, die „Bande“ sei selbst Schuld an der Arbeitslosigkeit, und man hätte auf sie schließen sollen. Der Redner erhebt ausdrücklich an Graf Poladomsky alle sein Amtselb üben; nach dem „gut unterrichteten“ Staatssekretär müßte ein besser unterrichteter kommen, damit endlich der unheilvolle Einfluß des Zentralverbandes gebrochen werde. Schmidt bezieht dann eine Reihe von Resolutionen. Als er schließt, macht ihn der Präsident darauf aufmerksam, daß er seinen Aufzeichnungen stellenweise einen zu ausgebreiteten Gebrauch gemacht habe.  
 Weiterberatung: Mittwoch 1 Uhr.  
 Schluß nach 6 Uhr.

**Preussischer Landtag.**

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 3. März.

Auf der Tagesordnung steht Beratung des vom Herrenhaus in veränderter Form zurückgelassenen Gesetzentwurfs über Maßnahmen zur Stärkung des Deutstums in den Provinzen Westpreußen und Posen.

**Stimarktenvorlage.**

Abg. Stöpel (Vole): Nicht Vernunft und Recht, sondern die brutale Faust habe dieses Gesetz gemacht. Seine Freunde protestierten aber nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Regierung, die die Polen ihrer intellektuellen und materiellen Mittel beraube (Widerspruch), die Völkern würden jetzt von ihrem Grund und Boden vertrieben, man hindere sie, ihr eigenes Brot zu essen, mit Mitteln, die einer Regierung unwürdig sind.  
 Präsident v. Krüger: Herr Abgeordneter, Sie haben vorher schon den Ausdruck „berauben“ gebraucht. Ich habe Sie nicht zur Ordnung gerufen, war also sehr milde (Sehr richtig!), der Ausdruck „unwürdig“ aber ist unparlamentarisch. Herr Abg. Stöpel, ich rufe Sie zur Ordnung. (Wano!)

Abg. Stöpel fortfahrend: Der Ministerpräsident habe bei seinen Reden vernachlässigt, daß in Westpreußen und Posen zwei Drittel des Großgrundbesitzes in deutschen Händen sei. Sei es etwa wirtlich möglich, daß 3 1/2 Millionen Polen 60 Millionen Deutsche verschlingten? Die Welt werde ja jetzt sehen, was es heiße, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran. Herr Bilow habe ferner erklärt, das Gerichtsgesetz habe die bei den Deutschen oft in Formalismus aus. Aber die zehn Belege würden niemals angeleitet werden, und das 7. Gebot besetze auch für den Staat zu Recht. Justitia fundamentum regnum. Zum Beweise für die abschließende Beurteilung der Vor-

lage in der Öffentlichkeit beginnt Redner einen Artikel der „Berl. Morgenpost“ zu verlesen.

Präsident v. Krüger: Ein der Artikel sehr lang? (Silber. Weiterle!) Ja? (Herr Stöpel Sie noch verlesen.)  
 Abg. Stöpel (fortfahrend): Im Herrenhaus sei das Gesetz gegen jeden festerlichen Empfang sagte, niemals werde ein Duma bei ihrer festerlichen Sanftion erhalten, das das Privatigentum antaste. Der vorliegende Gesetzentwurf werde den Zusammenstoß der die polnische Idee der Zusammengehörigkeit besetze, solange Gott und die Polen noch schwer getroffen werden. Aber sie würden doch Sieger bleiben.

Minister Frhr. v. Rheinbaben: Die Maßlosigkeit in den Darlegungen des Vortragners widerlegt sich zum großen Teil in der Wirklichkeit der Deutschen, so Frage ich, ob es schon etwas Überhörtes gegeben hat, als die Art, in der die Deutschen in jeder, der sich an der Illumination zu festeren Geburtstage beteiligt, von der polnischen Presse mit Rot bemalen werde. Der für die Wohltaten der preussischen Könige seien die vorläufigen Auffände gewesen. Nicht unter der preussischen Herrschaft seien die Polen Heulen. Ein polnischer König, Vestinsk, habe gesagt, daß sein Volk so aller Menschenrechte beraubt sei, wie die Polen. Wir können den Polen alles, aber wir verlangen ein offenes, rückhaltloses Bekenntnis zum preussischen Staat, und das sind Sie uns bisher schuldig geblieben. Wir wollen dagegen aber eine Justitia germanica statuieren, in dem Sinne, daß wir nicht zulassen, daß in den Ostmarken das Deutstum von den Polen verdrängt werde. (Beifalles Bravo!)

Abg. v. Heydenbach (kon.): Wir können den vom Herrenhaus beschlossenen Veränderungen nur zustimmen. Jetzt noch über die Vorlage zu streiten, ist unweises. Ich will den Polen nur die Darlegungen zurichten. Ziehen Sie die einzig richtige Konsequenz aus dem Gesetz, und die ist: Führen Sie sich damit ab, daß Sie unabänderlich Bürger eines preussischen Staates sind, der niemals läßt, was er einmal hat. (Beifalles Beifall.)

Abg. Forst (Str.): Der Frühlingsbesitz des 28. Februar 1908 in dem zweiten Teil des Antrages Widies werde seine Partei als einer zweifachen und gefährlichen Widerspruch. Redner bittet, hierüber besonders abstimmen zu lassen, und bestreitet dann einmal, daß die Entwertung im Sinne dieses Gesetzes verfassungsmäßig sei.

Abg. Aulendorf (ntl.) spricht die Zustimmung seiner Freunde zu den vom Herrenhaus beschlossenen Veränderungen aus, die zum Teil Verbesserungen seien. Die Regierung dürfe sich aber in ihrer Vorkonflikte nicht allein etwa auf die Handhabung dieses Gesetzes beschränken, sie müsse vielmehr auch sonst praktische Vorkonflikte treiben und die Provinzen im Blick wirtschaftlich fördern.

Abg. Reusch (fr. Sp.): Die Veränderungen des Herrenhauses seien allerdings zum Teil Verbesserungen des Gesetzes, alterierten seinen Charakter aber nicht, und deshalb lehnten seine Freunde es auch in dieser Form ab. Die Entwertung sei eine verlässliche Maßnahme und grüne Maßregel. Seine Freunde würden jede Gewaltmaßnahme gegen die Polen ablehnen. Aber auch sie unterstützen die Meinung des Herrn v. Heydenbach.

Abg. v. Dewig (fr.) erklärt kurz die Zustimmung seiner Freunde zu den Beschlüssen des Herrenhauses. Wenn die Polen propagierten, würde ihnen mit den schärfsten Maßregeln gemahnet werden.

Damit ist die allgemeine Versprechung geschlossen.  
 Dann werden die einzelnen Paragraphen angenommen.

Bei § 13, der die Entwertungsbefugung entfällt, wendet sich Abg. Kändler (fr. Sp.) noch einmal gegen die Entwertungsbefugung.

Minister v. Arnim bittet, den Antrag Forst auf Beilegung der Frühlingsbesitz des 28. Februar 1908 abzulehnen.

Abg. Graf Braschna (Str.) legt dar, daß seine Freunde die Gründe für die Einführung der Frühlingsbesitz nicht für durchschlagend halten. Die Regierung sei die Antwort darauf durchschlagend gewesen, was sie zu tun gebe, wenn die 70000 Hektar verloren seien, was ungefähr in 2 1/2 Jahren nach den eigenen Berechnungen der Regierung der Fall sein müßte. Es sei doch nicht angänglich, daß man in Preußen und im Reich immer nur von der Sand in den Mund lege.

Minister v. Arnim: Die Regierung habe schon erklärt, daß sie mit den 70000 Hektar auskommen hoffe. Was danach zu geschehen habe, darüber werde sie das Haus mitzureden haben. (Hört, hört!) Gegenwärtig werde also ein bestimmtes Stück der in der Ostmark zu leistenden Arbeit in Angriff genommen.

Hierauf wird der § 13 unverändert in der Fassung des Herrenhauses angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, dagegen das Zentrum, die Polen, Freisinnigen. Mit derselben Majorität wird der Rest des Gesetzes angenommen.

und dann das Gesetz in der endgültigen Gesamtabstimmung. Es folgt die zweite Beratung des Etats der Seehandlung.

Abg. Borster (fr.) betont die Notwendigkeit eines gezielten Scheckrechts. Die mittleren Provinzbanken sollten Agensuren der Seehandlung werden.

Abg. Haspender (Str.) warnt vor übermäßiger Ausdehnung des Depotdienstes bei der Seehandlung; statt dessen sollte man die Genossenschaften und Sparkassen, deren Erhaltung und Stärkung im Interesse der kleinen Handwerker und Landwirte liege, unterstützen. Bei den Sparkassen müßte der Scheckverkehr eingeführt werden.

Abg. Dr. Krüger-Hagen (fr. Sp.) kritisiert die Geminn- und Verlustrechnung der Seehandlung. Angehts des günstigen Ergebnisses der letzten Jahre sollte man auch endlich die wolkbegehrten Wünsche der Seehandlungsbeamten erfüllen. Der gründeten Wünsche die Seehandlung der Bromberg Redner wendet sich gegen die Monopolstellung, die der Seehandlungsmühlen auf dem Gebiete des Weizenbrot, die gebrochen werden müßte, und befürwortet den Verkauf der Landbesitzgüter huter Spinneren. Weiter erörtert der Redner die Lebensgeschäfte der Nordischen Stahlwerke in Danzig und weist darauf hin, wie berechtigt i. Z. die Warnung an den Staat war, sich bei dem Unternehmen nicht zu engagieren. Die rationale Bewertung der Seehandlung sei sehr anfechtbar. Die Beteiligung der Seehandlung bei der scheidungslosen Landesgeschäfte sei nicht ohne Bedeutung, und wenn die Seehandlung Holz erkläre, Syntheschmelzfabrik möge aus Sicherheitsgründen nicht, so dürfte sie doch auch Syntheschmelzfabriken nicht Kredit einräumen. Seehandlung und Provinzialbanken zu funktionieren, sei genau so verkehrt, wie eine Personalanstalt zu funktionieren. Provinzialbanken der Seehandlung könnten nur die Genossenschaften schädigen. Eine Förderung des Scheckverkehrs bei der Seehandlung sei ebenso mißsamenswert, wie ein Druck auf die Sparkassen zur Einführung des Scheckverkehrs erforderlich wäre.

Seehandlung.

Abg. Borster (fr.) betont die Notwendigkeit eines gezielten Scheckrechts. Die mittleren Provinzbanken sollten Agensuren der Seehandlung werden.

Abg. Haspender (Str.) warnt vor übermäßiger Ausdehnung des Depotdienstes bei der Seehandlung; statt dessen sollte man die Genossenschaften und Sparkassen, deren Erhaltung und Stärkung im Interesse der kleinen Handwerker und Landwirte liege, unterstützen. Bei den Sparkassen müßte der Scheckverkehr eingeführt werden.

Abg. Dr. Krüger-Hagen (fr. Sp.) kritisiert die Geminn- und Verlustrechnung der Seehandlung. Angehts des günstigen Ergebnisses der letzten Jahre sollte man auch endlich die wolkbegehrten Wünsche der Seehandlungsbeamten erfüllen. Der gründeten Wünsche die Seehandlung der Bromberg Redner wendet sich gegen die Monopolstellung, die der Seehandlungsmühlen auf dem Gebiete des Weizenbrot, die gebrochen werden müßte, und befürwortet den Verkauf der Landbesitzgüter huter Spinneren. Weiter erörtert der Redner die Lebensgeschäfte der Nordischen Stahlwerke in Danzig und weist darauf hin, wie berechtigt i. Z. die Warnung an den Staat war, sich bei dem Unternehmen nicht zu engagieren. Die rationale Bewertung der Seehandlung sei sehr anfechtbar. Die Beteiligung der Seehandlung bei der scheidungslosen Landesgeschäfte sei nicht ohne Bedeutung, und wenn die Seehandlung Holz erkläre, Syntheschmelzfabrik möge aus Sicherheitsgründen nicht, so dürfte sie doch auch Syntheschmelzfabriken nicht Kredit einräumen. Seehandlung und Provinzialbanken zu funktionieren, sei genau so verkehrt, wie eine Personalanstalt zu funktionieren. Provinzialbanken der Seehandlung könnten nur die Genossenschaften schädigen. Eine Förderung des Scheckverkehrs bei der Seehandlung sei ebenso mißsamenswert, wie ein Druck auf die Sparkassen zur Einführung des Scheckverkehrs erforderlich wäre.

leben, das sozialpolitisch und volkswirtschaftlich noch bedeutend ist. Die Depostionsverleugung habe das Recht zu erheben. Der Minister vertritt das Engagement des Staates...

einer dort abgehaltenen Versammlung, wegen der Verteilung aller Lebensbedürfnisse und Materialien, den Preis für Reparaturen um 30 bis 40 Prozent zu erhöhen und auch neue Waren entsprechend teurer zu verkaufen.

Director H. Bernwardt der sich für ethnographische Forschungen interessiert. Professor v. Arnheim hat sich zunächst nach Santa in Nordwest-Argentinien und dann nach Santa Cruz de la Sierra in Bolivia am Ortshaus der Arbeiter.

Abg. v. Arnim-Hilborn (H.) Die Kursverluste um 27 Mill. Mark wird die Seehandlung wohl einholen können. Das Monopol der Brombeeren Mühlen ist durchaus zweifelhaft, dagegen empfiehlt sich der Verkauf der Landeshuter Spinners.

Abg. Dr. Friedberg (H.) warnt vor Experimenten, wie die Beteiligung der Seehandlung an den Nordischen Schwämmen. Der Brombeeren Mühlen sollte man die staatlichen Lieferungen abnehmen und die Landeshuter Spinners schleunigst verkaufen.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Ausland.

Monarchienkonferenz in Mittelmeer. Wie bereits gemeldet worden ist, wird der König von England auf seiner bevorstehenden Mittelmeerreise deren Endziel ein Besuch in Athen ist, eine Begegnung mit König Victor Emanuel haben.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) fordert eine Erweiterung des Geschäftsbereiches der Seehandlung vornehmlich auch mit Rücksicht auf den Kriegsalter, könnten im Kriegsfalle dem Reiche keine genügende Sicherheit für die Geldbeschaffung bieten.

Halle und Umgebung.

Preisauflage der Urmacher. Wie man aus Leipzig berichtet, beschließen die selbständigen Urmacher des Königsreichs Caschen, der Provinz Sachsen und Thüringens, in

Land freier von Nordensfeld hat Ende Februar eine neue Forschungsreise nach Sibamirica angetreten. Sein Ziel ist diesmal, wie er dem 'Glossus' schreibt, namentlich die großen unbestimmten Gebirgszüge zwischen dem Rio Madeira und dem Tanojos, sein Zweck vornehmlich das Studium anthropologischer Fragen. Die Kosten für die auf drei Jahre bemessene Reise trägt

Die Braunschweiger Übertragung des Verbandes akademischer Gesellschaften Deutschlands, welche bekanntlich am 13. und 14. April unter Vorsitz von Professor Dr. Berndt in Braunschweig stattfand, wird durch eine Aufführung des Agamemnon von Aeschylus eingeleitet werden, dargeboten von Schülern des Herzog. Gymnasiums Martino-Katharineum unter Leitung von Prof. Dr. Deneke und Prof. Ecker. Den Abschluss der Tagung wird eine Festvorstellung im Herzoglichen Hoftheater bilden.





